

Ausgabe Dezember 2025

KLARE KANTE

Zeitung der Fraktionsgemeinschaft FWG Wiesbaden | PRO AUTO – Die Bürgerlichen!



Petermartin Oschmann

Vorwort

Sparwille bei der Kooperation nicht erkennbar

In der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung haben die diesjährigen Haushaltberatungen stattgefunden. Sie waren für unsere Fraktion sehr herausfordernd. In den Sitzungen des Finanzausschusses standen wir fast allein der Kooperation gegenüber. Grundsätzlich ist zu sagen, dass im Haushalt ein Sparwille nicht zu erkennen ist. Die Mehrheit im Stadtparlament meint offensichtlich, die Einnahmen würden weiterhin unermesslich sprudeln. Sie verweisen auf erhöhte Gewerbesteuerzahlungen, die tatsächlich einen Betrag von über 520 Mio. € ausmachen. Aber Vorsicht! Diese Einnahmen sind höchst volatil, also sprunghaft schwankend.

Sie können sich vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland sehr schnell reduzieren.

Des Weiteren ist bedenklich, dass die Mehrheit die Rücklagen, die einmal mehr als 300 Mio. € betragen haben, in den letzten Jahren fast vollständig aufgebraucht hat. Weiterhin vermissen wir im Haushalt Wahrheit und Klarheit.

Unsere Fraktion sagt: Klare Kante! Wir haben konkrete Einsparvorschläge eingebracht und weitere Personalzusetzungen abgelehnt. Wir lehnen den Haushalt insgesamt ab.

Auszug aus dem INHALT

Seite 3

Notwendige Rücklage im Haushalt wird ausgeblendet

Seite 5

Keine Extremisten an den Tischen der Stadt

Seite 5

ZBB – eine vertane Chance in puncto „Haushaltssicherheit“

Seite 6

Schikane in der Klopstockstraße



**JETZT
SCHNELL
HANDELN!**



Fotos: Christian Hill



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Stadtentwicklung

Alter Zollspeicher in Biebrich und Palasthotel – Investoren sind ein Glücksfall

Die Stadt muss nun aber schnell handeln!

Es ist geradezu ein Glücksfall, dass zwei private Interessenten diesen beiden maroden Gebäuden neues Leben einhauchen wollen und bereit sind, viele Millionen Euro zu investieren.

Für das Palasthotel hat sich ein renommierter Bauträger gemeldet, der das Gebäude wieder in ein Hotel umwandeln und zusätzlich Wohnraum schaffen will. Das wäre ein sehr gutes Signal für die ganze Innenstadt, denn die Stadt hat für eine Sanierung des Gebäudes, die mit über 40 Millionen Euro (!) zu Buche schlägt, schlachtweg kein Geld. Und dass der interessierte Bauträger nach eigenem Bekunden auch ein Erbpacht-Modell favorisiert, ist keineswegs selbstverständlich. Oft ist dies nämlich ein Hemmnis für größere Investitionen. Und die Erbpacht-Vergabe ist ja auch eine der Varianten, welche die Stadtverordnetenversammlung ohnehin prüfen will. Wenn man in diese Planungen noch zusätzlich das Theater „Künstlerhaus 43“, welches bislang schon seine Spielstätte im Palasthotel hat, mit

integrieren könnte, wäre das natürlich noch ein weiterer Pluspunkt.

Der am Biebricher Rheinufer befindliche alte Zollspeicher ist seit Jahren ein Schandfleck und Spielball von windigen Investoren, sozialromantischen Utopien und der Stadtentwicklungsgesellschaft SEG. Nun hat sich endlich ein finanziertiger Investor gefunden, der das Gebäude von der Stadt übernehmen könnte.

Die Firma Wilhelm Heckel ist ein seit fast 200 Jahren in Biebrich ansässiges, weltweit bekanntes Traditionunternehmen, das Musikinstrumente baut. Sie würde den Zollspeicher gerne der Stadt abkaufen und sanieren. Dort könnten dann Büros, Produktionsstätten und auch dringend benötigte Wohnungen für Mitarbeiter und Azubis entstehen. Bis Anfang Februar 2026 muss hier jedoch eine Entscheidung getroffen werden, sonst wandert das Unternehmen in den Rheingau ab. Dies wäre ein schmerzlicher, unverzeihbarer Verlust für Wiesbaden und Biebrich.

Das direkt neben dem Zollspeicher liegende alte Zollamt wäre von den Plänen übrigens nicht tangiert. Dies

könnte weiterhin z.B. gastronomisch genutzt werden.

Bei beiden Projekten, Palasthotel und Zollspeicher, spielt daher der Faktor Zeit eine wichtige Rolle. Die Entscheidungen über diese Vorhaben dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Parteitaktische Spiele und Gezänk im Rathaus sind hier nicht angebracht. Es darf nicht wieder alles zerredet werden, wie so oft in Wiesbaden. Zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger muss schnell gehandelt werden! □

Klare Kante!

**,Es darf nicht
alles wieder
zerredet
werden!“**



Foto: Abi - stock.adobe.com

Verantwortung

CDU stiehlt sich in der Kommunalpolitik aus der Verantwortung

Petermartin Oschmann

An den dreitägigen Beratungen des Finanzausschusses im Oktober hat sich die CDU-Fraktion nicht beteiligt und an einem Tag sogar gefehlt. Ihre Vertreter saßen wie „Ölgötzen“ - also im umgangssprachlichen Sinne wie hochmütige Langweiler - über Stunden im Stadtverordnetensaal. Selbst der Ausschussvorsitzende, der der CDU angehört, hat nur die Wortmeldungen der Ausschussmitglieder aus den anderen Fraktionen abgearbeitet und sich aber nicht in der Sache geäußert.

Die aktive Teilnahme an Haushaltsberatungen ist ein und in der Parlamentsgeschichte lang erkämpftes und damit hohes Recht, wenn nicht sogar eine moralische Pflicht für jeden Mandatsträger. Er hat nämlich die Möglichkeit, seine politischen Vorstellungen durch Anträge zu konkreten Punkten im Haushalt zu äußern und damit auch zu hinterlegen. Wer darauf bewusst verzichtet, zeigt einen schlechten politischen Stil. Das grenzt sogar schon an Arbeitsverweigerung selbst zu Lasten seiner Wähler, von denen er ein Mandat erhalten hat. Die später genannten Gründen für dieses Fehlverhalten, nämlich es sei kein richtiger Haushalt beraten worden, zeigen nur verletzte Eitelkeiten der CDU-Vertreter, die im Grunde genommen jetzt eine mögliche Regierungsfähigkeit ihrer Partei nach der Kommunalwahl ad absurdum führen. Übrigens hat sich die FDP anders verhalten und selbst einige Anträge eingebracht. □

Klare Kante!

„Mandat

wahrnehmen,

aktiv Politik

betreiben“



Foto: unpict - stock.adobe.com



Petermartin Oschmann

stellv. Fraktionsvorsitzender

Haushalt

Notwendige Rücklage im Haushalt wird ausgeblendet

Ein wichtiges Argument für die Ablehnung des städtischen Haushalt 2026 ist für unsere Fraktion die Tatsache, dass die Rücklagen der Stadt in den letzten Jahren sich kontinuierlich verringert haben, also weiter abschmelzen und sich jetzt sogar gegen Null entwickeln. Infolgedessen reduziert sich das Eigenkapital insgesamt. Die Kooperation ist offensichtlich nicht bereit, angemessen für die Zukunft der Stadt zu sorgen. Dabei besteht im Sinne des § 106 HGO gesetzlich die Verpflichtung, die Zahlungsfähigkeit der Kommune zu sichern.

Wiesbaden hatte 2019, also vor fünf Jahren, noch ein Volumen in der Rücklage von fast 300 Mio. €. Dies war ein ordentlicher Betrag, um für außergewöhnliche Belastungen gewappnet zu sein. Selbst jeder fürsorgliche Privatmann denkt ebenso und legt deshalb immer einen Notgroschen zur Seite. Doch die Kooperation hat es verstanden, sehenden Auges die Rücklagen abschmelzen zu lassen. Die Entwicklung reduzierte sich von 2022 in Höhe von etwa 180 Mio. € über 2023 in Höhe von fast 150 Mio. € bis zum Ende dieses Jahres auf wahrscheinlich 30 Mio. €. Dieser Abbau der doch sehr wichtigen Vorsorge ist in den Augen unserer Fraktion unverantwortlich.

Zu berücksichtigen ist auch, dass inzwischen auf der anderen Seite die Kreditschulden ca. 700 Mio. € betragen. Insofern muss sich die Kooperation den Vorwurf gefallen lassen, Tafelsilber zu verscherbeln. Das kann unsere Fraktion auf keinen Fall unterstützen. □

Klare Kante!

„Tafelsilber

verscherbeln,

„ohne uns!“



Symbolbild



Petermartin Oschmann

stellv. Fraktionsvorsitzender

Haushalt

Wir fordern eine bessere Ausstattung der Wiesbadener Feuerwehren

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir zusätzlich rund 5,8 Millionen € für die Wiesbadener Berufsfeuerwehr gefordert. Dabei geht es nicht nur um die originären Aufgaben der Feuerwehr, sondern um die zu modernisierenden Bereiche „Rettungsdienst, IT-Sicherheit und Katastrophen-schutz“.

Diese Anträge konnten wir stellen, weil unsere Fraktion an anderer Stelle des Haushaltsentwurfes erhebliche Einsparungen in Höhe von mehreren Millionen EUR an Personal und Sachkosten gefordert hatten. Leider hat die Kooperation nur einem Teil der Summe zugestimmt und damit wichtige Maßnahmen zur Sicherheit der Wiesbadener Bevölkerung gestrichen. Für uns bedauerlich waren bei diesen Streichungen die Personalzusetzungen im Bereich der Wachabteilung.

Die Kooperation setzt von den in den weiteren Bedarfen geforderten 6,8 Mio. € nur 4 Mio. € zu, wir dagegen 5,8 Mio. €. Wir halten Zusetzungen der Kooperation für deutlich zu wenig für die kritische Infrastruktur. Konkret werden aus unserer Sicht notwendiges zusätzliches Personal für die Wachabteilung, IT-Sicherheit, IT-Infrastruktur und Planungskosten für die Notstromver-sorgung von der Kooperation abgelehnt.

Darüber hinaus haben wir zusätzlichen Schlauchmaterial gefordert, was eben-falls abgelehnt wurde. Ebenso wurde nicht genug im Bereich der Atemschutzmasken investiert. Aufgrund neuer rechtlicher Vor-gaben sind diese aber unabdingbar.

Auch bei den Freiwilligen Feuerwehren in den Wiesbadener Stadtteilen muss mehr investiert werden. Viele Unterkünfte sind in die Jahre gekommen und entsprechen nicht mehr den heutigen Standards. Hier fordern wir ebenfalls ein deutlich stärkeres finanzielle Engagement der Landeshauptstadt um die Rahmenbedingungen für die, die sich ehrenamtlich für unser aller Leib und Leben einsetzen, zu verbessern. Konkret fordern wir den zügigen Bau von Feuerwehrgerätehäusern und eine bessere technische Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren. □



Foto: TransRichHub - stock.adobe.com

Klare Kante!

„Feuerwehr besser
aufstellen für die
Zukunft“

Haushalt

ZBB – eine vertane Chance in puncto „Haushaltssklarheit!“

Petermartin Oschmann

Ende 2022 hatte das Stadtparlament beschlossen, auch hier in Wiesbaden wie in anderen Gebietskörperschaften die Methode „Zero-Base-Budgeting“ (ZBB) für die nächsten kommunalen Haushalte anzuwenden. Bei der Aufstellung zukünftiger Haushalte sollte auf eine Fortschreibung der Eckwerte der Dezernate verzichtet werden und stattdessen im Vorfeld von Haushaltaufstellungen ZBB angewendet werden.

Dieses Prinzip erfordert eine Begründung des Ressourcenbedarfs von Grund auf. Die städtischen Aufgaben, soweit sie einen finanziellen Bedarf notwendig machen, werden analysiert und die dabei in Frage kommenden Leistungsniveaus betrachtet. Deshalb werden die einzelnen Aufgaben zunächst auf null gesetzt. Dieses Vorgehen ist ein probates Mittel, um den Grundsatz der Haushaltssklarheit zu erfüllen.



Foto: justjupiter - stock.adobe.com

Angewendet werden sollte danach dieses Prinzip zunächst auf ausgesuchte Pilotbereiche im Bereich Kultur, Sport, Wirtschaftsförderung u.a..

Im Ergebnis ist dieses Vorhaben nicht erfolgreich zu Ende geführt worden. Die eingesetzte Arbeitsgruppe des Stadtparlamentes, an der sich unsere Fraktion sehr aktiv beteiligt hat, ist ohne Ergebnis geblieben. Dies hat sich nun bei der Aufstellung des Haushaltes für 2026 bitter gerächt. Vorgelegt worden ist ein Entwurf, der letztendlich nur die alten Eckwerte der Dezernate fortgeschrieben hat. Außerdem haben wir im neuen Haushalt wiederrum Doppelförderungen festgestellt. Von daher hat es die Kooperation versäumt, eine neue Struktur des Haushaltes für die Stadt Wiesbaden zu schaffen. Dies ist eine vertane Chance. Die Mehrheit wollte nicht an „liebgewonnene Ausgaben“ heran. □

Klare Kante!

„Chancen
nutzen, neue
Methoden
anwenden!“

Keine Extremisten an den Tischen der Stadt

Wer vom Verfassungsschutz beobachtet wird,
darf bei uns keinen Platz haben!

Christian Bachmann

Die linke Dezerentin hat geladen, zum sogenannten „Empfang für Migrantische Organisationen“. Dies sind alles Organisationen, mit denen das Amt für Zuwanderung und Integration im Austausch steht.

Offenbar ein „Geheimgremium“, da über die Teilnehmer im Vorfeld nichts berichtet wurde und auch ein Protokoll nicht den Weg in die politischen Gremien fand. Doch gerade das Thema Migration ist doch eins der drängenden Themen und gesamtgesellschaftlich täglich in den Nachrichten und der öffentlichen

Diskussionen! Daher haben wir nachgefragt, WER denn alles so teilnimmt an diesen Treffen. Leider mussten wir feststellen, dass auf der Liste die IGMG (Islamische Gemeinde Milli Görüs) geladen wurde, eine Organisation, die bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet wurde aufgrund islamistischer Tendenzen und dem erklärten Ziel der Einführung der Sharia sowie offen kommunizierter Antisemitismus.

Wir sagen: Klare Kante gegen alle Feinde unserer freiheitlichen Ordnung und keine Extremisten am Verhandlungstisch der Stadt! □



Foto: photoschmidt - stock.adobe.com

Klare Kante!

„Wir sind
gegen alle
Feinde unserer
freiheitlichen
Ordnung“



Verkehr



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Schikane in der Klopstockstraße

Plötzlich waren die Pfosten da. Am Kastenplätzchen im Wiesbadener Dichterviertel ist die Durchfahrt der Klopstockstraße gesperrt worden. Wer nun wie gewohnt von A nach B will, muss große Umwege durchs halbe Viertel fahren.

Betroffen sind so ziemlich alle: Diejenigen, die zur nahen Schule oder zur Kita wollen, Lieferverkehr, Pflegedienste, Handwerker, Rettungswagen und schließlich die Anwohner selbst. Alle Autofahrer werden schikaniert, weil es mal wieder eine rein ideologisch motivierte Straßensperrung gibt.

Besonders bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass der Verkehrsausschuss (Mobilitätsausschuss) im Rathaus in der November-Sitzung mit seiner linken Mehrheit die Dringlichkeit ablehnte, sich überhaupt

mit diesem Thema zu befassen. Hier hat das Wiesbadener Verkehrsdezernat abermals gnadenlos zugeschlagen und die Freiheit der Bürger eingeschränkt. Vorgeschoben wird eine angebliche Verkehrsberuhigung für das Quartier. Diese tritt aber allein schon deshalb nicht ein, weil die Autofahrer nun auf längeren Wegen die Sperrung umfahren, anstatt die kürzeste Strecke zu nehmen. Der große Trugschluss der Verantwortlichen der Links-Kooperation im Rathaus ist nämlich, dass Autos sich einfach in Luft auflösen würden, wenn man Straßen sperrt.

Ich forderte daher die sofortige Aufhebung dieser unsinnigen Schikane! Ebenso die Wiederherstellung der Linksabbigemöglichkeit am Landeshaus, die das Dichterviertel tatsächlich vom Durchgangsverkehr entlasten würde. □

Klare Kante!

**„Keine
ideologischen
Schikanen!“**

Finanzen

Ortsbeiräte gehen in den Haushalsberatungen oft leer aus

Petermartin Oschmann

FWG/PRO AUTO hat sich im Vorfeld der Haushaltsberatungen intensiv mit den Anträgen beschäftigt, die im Spätsommer in den einzelnen Ortsbeiräten für den Haushalt angemeldet worden waren. Hierbei haben wir festgestellt, dass viele Vorschläge aus den Vororten noch vor den eigentlichen Beratungen ausgebremst wurden, selbst wenn sich in den damaligen Diskussionen die Verwaltung zu einigen Projekten positiv geäußert hatte. In vielen Fällen wurden

die vorgeschlagenen Maßnahmen der Ortsbeiräte mit dem lapidaren Hinweis auf die aktuelle finanzielle Haushaltssituation abgelehnt. Dieses Argument hat uns verwundert, weil später dann in den eigentlichen Haushaltsberatungen im Stadtparlament eine Vielzahl von Projekten beantragt wurde, die sich ausschließlich mit internen Verwaltungsvorgängen auf Stadtbene beschäftigten oder Lieblingsprojekte der Kooperationen zum Inhalt hatten, ohne dass die Haushaltssituation dabei eine Rolle spielte. Deshalb haben wir uns entschlossen, einzelne Wünsche der Ortsbeiräte, soweit sie in der Regel wenig Geld kosten, in





Umwelt

Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender

Klare Kante!

„Probleme
unverklärt
angehen!“

Probleme mit Teilen der Tierwelt: Alles andere als Kuscheltiere!

Im Umweltausschuss wird häufig über die verschiedensten Tierarten berichtet. So sind es mal die Taube, Halsbandsittiche oder auch zuletzt invasive Arten wie die asiatische Hornisse oder Waschbären. Was immer wieder auffällt: Hier hört der Umweltschutz offenbar auf. Heimische Tierarten, die geschädigt, verdrängt oder sogar ausgerottet werden könnten, spielen keinerlei Rolle. Lieber wird mit „alternativen Methoden der Eindämmung“ argumentiert. Daher nehmen wir uns mal dem Thema Waschbär an. Ein Problem, dass uns ein Fellzüchter aus Nordhessen wohl irgendwann im letzten Jahrhundert beschert hat, nachdem seine Absatzmärkte eingebrochen sind.

Der Waschbär, so knuddelig und süßer er auch aussieht ist ein Raubtier, d.h. er frisst andere Tiere, räumt Nester der heimischen Vogelwelt aus und, da es für ihn leichter ist, geht er auch noch an die Mülltonnen. Hier wurde durch die Vertreter der Kooperation von „Verhütung“ bei der Vermehrung gesprochen.

Was meint man damit? Die „Pille danach“ für ein Lebewesen, das nachtaktiv ist und irgendwo im Wald wohnt?

Oder der Umgang mit den Wildschweinen, die aktuell, unabhängig der afrikanischen Schweinepest (ASP) erheblichen Schaden in Feld und Flur verursachen und dabei sind

eine massive Überpopulation zu erzeugen. Abschuss ist hier das Mittel der Wahl. Eine Bache oder ein Keiler lassen sich nicht von irgendwelchen morschen Zäunchen in den Streuobstwiesen abhalten, wenn sie Futter für den Nachwuchs benötigen.

Ich muss es leider hier an dieser Stelle sagen: Man sollte solchen Themen nicht den verträumten „Stadtkindern“ überlassen, die diese Tiere höchstens aus der Fasanerie kennen, aber noch nie einem Wildschwein in freier Natur begegnet sind und Jäger für Tiermörder halten. Da müssen Menschen mit klarem Blick auf die Problemstellungen und mögliche Lösungen in die Gremien, die auch harte Mittel mit verabschieden können! □



einem in die Haushaltsberatungen eingebrachten Antrag aufzunehmen und damit die Anliegen der Vororte zu unterstützen.

So handelte es sich im Einzelnen um den Anbau eines Feuerwehrgerätehauses in Frauenstein, um die Ausstattung eines Bolzplatzes in Naurod, um Sonnen- und Regenschutz auf Spielplätzen in Auringen, um einen Lärmschutzwall in Breckenheim, um die Sanierung der Trauerhalle in Delkenheim, um den Gestaltungsentwurf für die Ortsmitte in Hessloch, um die Befestigung des Ortsausgangs Hockenberger Mühle in Kloppenheim, um die Sanierung des Festplatzes in Rambach,

um die Sanierung der Kilian Straße und des Kilian Platzes in Kostheim und vor allen Dingen um die Vorbereitungen für die Errichtung einer Außenstelle der Stadtpolizei in Biebrich.

Diese Vorschläge hat die Kooperation in vollem Umfang abgelehnt. Leider haben auch Stadtverordnete anderer Fraktionen, einschließlich der FDP, so entschieden und die Anträge ebenfalls abgelehnt. Die Interessen der Vororte spielen also für die Mehrheit im Stadtparlament kaum eine Rolle, selbst wenn sie nur ein „kleines Geld“ kosten. □

Klare Kante!

„Pförtnerampel
abschalten!“

Foto Christian Hill



Christian Hill

stellv. Fraktionsvorsitzender

Verkehr

Pförtnerampel – Ärgernis ohne Ende

Seit Jahren drangsaliert die sogenannte Pförtnerampel in der Berliner Straße die Autofahrer. Hier wird ein künstlicher Stau geschaffen, in dem die Menschen, die stadteinwärts fahren, teilweise eine Viertelstunde oder mehr unfreiwillig stehen. Dies führt zu hohem Frust. Viele Leute werden abgeschreckt, überhaupt erst nach Wiesbaden mit dem Auto zu fahren. Einzelhandel, Gastronomie und andere Gewerbebetriebe leiden darunter. Das Umland (z.B. das Main-Taunus-Zentrum) freut sich. Oft hat sich der Verkehrsausschuss (Mobilitätsausschuss) mit

diesem Thema befasst. Die linke Mehrheit hat sich jedoch geweigert, dieses Ärgernis stillzulegen.

Offiziell will man mit der Pförtnerampel Staus in der Innenstadt vermeiden, jedoch führt das Ganze zu höheren Abgas-Emissionen durch unnötige Standzeit und Stop-and-Go-Verkehr. Letztendlich handelt es sich um eine autofeindliche Schikane. Offenkundig wird dies, wenn man bedenkt, dass auch Autofahrer, die gar nicht in die Innenstadt wollen, davon betroffen sind. Wer nämlich von der Berliner Straße in

Richtung Moltkering oder New-Yorker-Straße fahren will, steht ebenso im künstlich erzeugten Stau, wie alle anderen.

Anstatt diesen ideologischen Unsinn zu beenden, plant das Verkehrsdezernat offenbar weitere Pförtnerampeln auf anderen Straßen. Dies macht Wiesbaden insgesamt immer unattraktiver, schadet massiv unserer heimischen Wirtschaft und sorgt für Unmut bei den Bürgern.

Schaltet dieses monströse Symbol einer völlig verfehlten Verkehrspolitik endlich ab – und zwar sofort! □

Für Sie aktiv in Wiesbaden!



Christian Bachmann

Fraktionsvorsitzender



Petermartin Oschmann

stellv.
Fraktionsvorsitzender



Christian Hill

stellv.
Fraktionsvorsitzender



Andreas Ott

Fraktionsgeschäftsführer



Günter Schaefer

Magistratsmitglied



Steffen Günther

Fraktionsreferent

Fraktionsgemeinschaft



Impressum

Fraktion FWG Wiesbaden/PRO AUTO
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (0)611 / 31 - 7643
V.i.S.d.P.: Christian Bachmann,
Fraktionsvorsitzender

fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de
fraktion@fwg-proauto.de